

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Roden & Comp., Nr. 2308

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Ed. Grottel, Dresden.
Herausgeber: Ed. Grottel, Dresden.
Verantwortlicher Redakteur: Ed. Grottel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Das Blatt von 60-62 Seiten im Format 10 x 15 cm, ist es durch eine neue Gestaltung, die bei der Gestaltung der Dresdner Volkszeitung seinen Ausdruck auf die Gestaltung des Designes über auf die Gestaltung der Zeitung.

Abrechnung: Vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,40 M., jährlich 4,80 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Abrechnung: Vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,40 M., jährlich 4,80 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Abrechnung: Vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,40 M., jährlich 4,80 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Nr. 230

Dresden, Montag den 1. Oktober 1928

39. Jahrg.

Reichsbannertag

Hannover, 30. September.

Das Reichsbanner hat seine Bundesgeneralversammlung nach Hannover berufen. Hannover ist eine geeignete Stadt, denn zu gleicher Zeit tagt hier der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. So werden die Weirufe für die Nationalität und für den Monarchismus gemeinsam zum Ausdruck kommen; mehr Neutralität kann kaum einer Stadt werden.

Nach wurde Severing empfangen, der, begleitet von dem Reichsbanner, Stelling, Göring u. a., die Weirufe des Reichsbanners entgegennahm unter einer für besonders bemerkenswerten Teilnahme eines sehr großen Publikums.

Die Beratungen beginnen erst morgen. Wie stark alles im Werden und Orientieren ist, beweisen schon die eingegangenen Anträge. Dabei sind die von den Nationalen — nebenbei dem Schmerzenskinde des Reichsbanners — „vergessen“ worden. Sollte das zufällig auch bei anderen Bau passiert sein, so würde sich die statliche Art der Anträge noch um allerhand vermehren. Wenn aber bedenklich, daß selbst jahrzehntelange Parteien, die die Verantwortlichkeiten jeder Organisation längst überwunden haben und selbstgefällig dastehen, in dieser drängenden Zeit von verschiedenen Ansichten und Männen härter als je zu kämpfen haben, so überrascht die Fülle der Wünsche und Forderungen auf der Reichsbannertagung schon weniger.

Man kommt doch aber vor allem noch eins: die Parteien sind getrennt von einer der großen Masse ihrer Anhänger. Die Nationalen und weltanschaulichen Grundeinstellung, die über den Grund einer Partei die Kraft, über die organisatorische Kräfte hinwegzukommen. Die Nationalen der Parteien lehrt doch, daß nur eine Erschütterung der Basis zur Katastrophe werden kann, aber auch die Nationalen.

Dem Reichsbanner aber mangelt diese Basis: Kirchen- und Freidenkerwesen, Kapitalismus und Sozialismus sind unter seinem Banner. Die einigende Idee: Schutz der Nationalität ist auf die Dauer zu mager. Aus dem „Schutz“ der „Nationalität“ werden, und dem kann das Reichsbanner nicht zugehen. Darüber hinaus müssen sich weltanschauliche Gegensätze im Reichsbanner stärker erweisen. Die Nationalen sind zur Zeit nur noch der Zeitpunkt, zu dem die Nationalen die Kräfte wirksam werden. Darüber hinaus nicht hinwegzulaufen, daß das Reichsbanner noch in den Reichsteilen Deutschlands nötig ist und heiß geliebt ist.

Darauf stärker als beliebt hingewiesen zu haben, ist das Reichsbanner in Dresden und Ostfriesland gewesen, während in anderen Reichsteilen im Reichsbanner — seien wir vorsichtiger waren. Die Bewegung, die dann zum Reichsbanner der NSD, aus dem Reichsbanner führte, ging von uns aus. (Zu unsern größten Erfolgen gibt es noch kein Reichsbanner, die die NSD, offiziell zu Veranstaltungen einladen, und NSD-Leute, die noch zum Reichsbanner des Reichsbanners gezählt werden!!)

Und so konnte es kommen, daß der Bundesvorstand es nicht den Nationalen als Verantwortlichen von den Nationalen zu bestätigen, obwohl er der Reichsbanner der NSD, ist und obwohl er von der Nationalen Wahl wurde. Alle Schritte, die die Nationalen des Bundesvorstandes fortritten zu lassen, sind bis jetzt erfolglos gewesen. Auch in dieser kritischen Frage hat in Hannover das letzte Wort gesprochen werden. Für das Reichsbanner in Ostfriesland und in Dresden kann man, daraus eine Schicksalsfrage werden.

Wilhelm Franke.

Höttings und Seberings Eröffnungsreden

SPD, Hannover, 1. Oktober. (Fig. Funkdruck.)

Hannover steht unter dem Zeichen der Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners. Schon am Sonntagmorgen waren die Reichsbanner auf den Weirufen, als der Bundesvorstand in Hannover und unter Begleitung einer Ehrenamtsabteilung vom Reichsbanner ins Hotel geleitet wurde. Als am Sonntag mittag gegen 12 Uhr die Reichsbannerabteilung des Reichsbanners ins Hotel geleitet wurde, wurde eine degellierte Begrüßung durch Tausende von Reichsbannern.

Am Sonntag nachmittag um 2 Uhr fand im großen Saal der Reichsbanner, der 400 Personen faßt und bis auf den letzten Platz besetzt war, die feierliche Eröffnung der zweiten Bundesgeneralversammlung statt. Ein Orchesterspiel, Darbietungen der Reichsbannerkapelle und eines Rassenchores der Reichsbanner gaben der Tagung einen würdigen Rahmen. — Der Reichsbannerpräsident Maloff und Generalsekretär Lau begrüßten die Delegierten und Gäste, worauf

Bundesvorsitzender Höfting

die Bundesgeneralversammlung mit einer Rede eröffnete, in der er die Nationalen begrüßte.

Das Reichsbanner hat sich seit der ersten Bundesgeneralversammlung vor zweieinhalb Jahren glänzend entwickelt. In der Reichsbanner haben wir 262.000 neue Mitglieder gewonnen. Wir haben die Republik dank der Cyberfreundlichkeit und der Cyberfreundlichkeit unserer Kameraden bis ins letzte Dorf getragen und so populär und beliebt gemacht. Unsere Forderung, den

11. August zum geschlichen Feiertag zu erklären, ist leider immer noch nicht erfüllt. Aber die diesjährigen Feiern haben gezeigt, daß wir das Volk für die Feiern gewonnen haben. Der 11. August wird geschlicher Feiertag werden oder er wird es im Volke sein. Wir haben immer verlangt und gefordert,

daß in der Republik Republikaner regieren sollen

oder, falls sie allein nicht die Macht dazu haben, sich so stark wie nur möglich an der Regierung beteiligen sollen, damit innen- und außenpolitischer Unglück vermieden wird, wie wir dieses beim letzten Kabinett mit seinem stark deutschnationalen Einfluß erlebt haben. Wir sind überzeugt, daß die republikanischen Minister, unter denen sich drei unserer Kameraden befinden, alles tun werden, was möglich und erreichbar im Sinne der Republik ist, und deshalb stehen wir geschlossen hinter ihnen. Der Kongresszettel, den jetzt die Kommunisten treiben, ist einer der schlimmsten Vorgänge unserer Zeit. (Sehr richtig!) Wir sind gegen jeden übertriebenen und überflüssigen Militarismus, aber wir sind der Meinung, man soll den Antimilitarismus weniger im entworfenen Deutschland betreiben als in den Ländern um uns, und nicht zuletzt und vornehmlich im waffenkarrischen Rußland, das sich zur größten Gefahr für Europa, ja für die Welt heranzubildet.

Deshalb lehnen wir das Volksbegehren der Kommunisten, das weiter nichts ist als eine gesuchte Gelegenheit, die Sozialdemokratie in der verlogensten Art mit Scham zu bewerfen, glatt ab. Die Kommunisten sind und bleiben Feinde der Republik, Verbündete unserer Feinde, der Faschisten, wovon sie täglich Beweise in Fülle liefern.

Nachdem der Redner dann noch das Treiben des Stahlhelms gebührend gekennzeichnet hat, ruft er den republikanischen Ministern zu: „Stümmert auch nicht um das Geschrei der Reaktionen von rechts und links. Haltet aus euren Posten, bleibt in euren Ämtern, denn nur dadurch, daß ihr lange im Amt bleibt, kann bei eurem Geschick ein Erfolg für die Nation, für die Republik sichtbar und fühlbar in Erscheinung treten. In dem Bemühen, in diesem Sinne und Willen zu arbeiten, steht das Reichsbanner geschlossen hinter jedem republikanischen Minister.“

Wir sind keine politische Partei und wollen es auch nicht werden.

Aber wir wollen auch kein Bund politisch und gewerkschaftlich organisiert sein. In unseren Reihen ist und war jeder Republikaner herzlich willkommen. Aber es gehört auch zu

Die Korruption in der NSD.

Neue Enthüllungen angekündigt

Das Organ des Lenin-Bundes setzt die Enthüllungskampagne über die Korruption in der NSD fort. Es behauptet in seiner letzten Nummer, eine ganze Serie von Korruptionsausdeckungen zu besitzen und gibt zunächst einen Fall bekannt, der, wenn er stimmen sollte, Thälmann wiederum auf das schwerste belastet. Das Blatt schreibt: „Thälmann besetzte bisher die Sekretärposten; u. a. schob er nach Kassel seinen Freund Gasse als politischen Sekretär. Gasse unterlag in Kassel Parteigelder und konnte sich dort nicht behaupten. Zur „Belohnung“ nahm ihn Thälmann nach Lübeck in eine andre Sekretärstellung.“ Das Blatt berichtet weiter über

Unterzahlungen in der „Noten Hilfe“ Hannover

und behauptet, daß die angeblich ihrer Funktion entkleideten Hamburger Thälmann-Freunde nach wie vor Funktionen für die NSD. ausübten. Von dem gegenwärtigen Chefredakteur der Hamburger Volkszeitung, Karl Volk, sagt das Blatt, daß „an seinen Händen, genau so wie bei Thälmann, unterschlagene Parteigelder flossen“.

Ueber die Wirkung der Enthüllungen innerhalb der NSD-Mitgliedschaft weiß das Organ des Lenin-Bundes zu berichten, daß im 14. Berliner Verwaltungsbezirk, in Neukölln, eine Reihe bisher treu zur Parteizentrale stehender Mitglieder dem Kassierer die Zahlung von Parteibeträgen und die Abnahme von Sondermarken für den Volkseinkauf verweigert hat. Außerdem hätten sie jede Parteiarbeit mit der Begründung abgelehnt, daß ihnen der Fall Thälmann nicht genügend geklärt sei und sie Garantien für die Ausrottung der gesamten Korruption innerhalb der NSD. haben wollten.

Die Bombe im Industriegebiet

NSD-Funktionäre lehnen die Weiterarbeit ab

P. Wismar, 29. September. (Fig. Draht.)

Die Hamburger Korruptionsaffäre und die Amtsenthebung Thälmanns haben auf die Kommunisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wie eine Bombe gewirkt. Die kommunistische Presse, die ihren Lesern sonst jede Kleinigkeit mit großem Geschrei fernbringt, hat fast die Sprache verloren. Sie berichtet über den neuesten Skandal in der NSD, nur in unauffälliger und harmlos klingenden Worten. Trotzdem hat sich auch im westlichen Lager der NSD, die Wahrheit inzwischen durchgesetzt. Die Wirkungen sind vorläufig noch nicht zu übersehen. Borek hat sich die Düsseldorf-Bezirksleitung der NSD, gezwungen gesehen, ihre Funktionäre in einem Rundschreiben aufzufordern, „trotz der bedauerlichen Vorgänge“ auch weiterhin ihre Pflicht zu tun. Das Rundschreiben ist darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Funktionäre es abgelehnt haben, bis zur endgültigen Klärstellung der Dinge noch irgendwelche Arbeit für die NSD. zu leisten.

Hegfeldzug gegen die Verfassung

Das kommunistische Volksbegehren zielt nicht auf einen politischen Erfolg ab, sondern auf eine Hege gegen die Sozialdemokratie. Ebenso rechnet der Stahlhelm bei dem Volksbegehren, das er angekündigt hat, nicht auf einen Erfolg, sondern nur auf eine andauernde Hege gegen die Verfassung. Die Kreuzzeitung bemerkt offen:

„In der Tat ist ja der Weg der unmittelbaren Volksbefragung ein ardemokratischer, und ein konfessioneller magischer nur schwer mit dieser Massenbefragung abfinden können. Aber man wird zugeben müssen, daß uns im heutigen Staate oft nichts anderes übrig bleibt, als uns aller Mittel zu bedienen, die uns die demokratische Verfassung in die Hand gibt. In der Tat wird die Waffe des Volkes durch ein Volksbegehren und einen etwa folgenden Volksentscheid einmal in ihren Tiefen wachgerüttelt. Das ist ein sehr

wichtiges Moment, hinter dem die Frage zurückgehen mag, ob es auf diesem Wege möglich sein wird, praktische Erfolge zu erzielen. Nur müßte dafür gesorgt werden, daß die einmal in Fuß gefommene Volksbewegung gegen die Weimarer Verfassung auch in Schwung gehalten wird.“

Organisierter Hegfeldzug gegen die Weimarer Verfassung, um das völlige Hinsinken des Monarchismus in Deutschland zu verhindern, das ist der Zweck der Hege. An einen Erfolg des Volksbegehrens glauben die Drahtzieher selbst nicht — versichert doch die Kreuzzeitung, es sei unwahrscheinlich, daß die „nationalen“ Parteien einmal eine Volksmehrheit erreichten.

Kommunistische Gewalttaten

Überfall auf das Reichsbanner — Ein Toter, 100 Verletzte

SPD, Hamburg, 1. Oktober. (Fig. Funkdruck.)

Zu Geeschaft bei Hamburg, wo am Sonntag zur Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Reichsbanner und Kollifront, die schließlich die Fortsetzung der Wahl unmöglich machten. Nachdem es schon am Vormittag vor einem Wahllokal zu einer Schlägerei gekommen war, wurde am Nachmittag eine Gruppe des Reichsbanners, die in geschlossenem Zug durch Geeschaft marschierte, von Kollifrontkämpfern angegriffen. Es entwickelte sich ein heftiger Kampf, in dem die Menschen mit Knütteln, Stöcken und Faustklauen aufeinander losgingen. Die Polizei war machtlos. Ein Toter, 15 Schwer- und 100 Leichtverletzte blieben Opfer der gewalttätigen Auseinandersetzungen, die von den Kommunisten provoziert worden sind.

Zusammenstöße in Berlin

D. Berlin, 1. Oktober. (Fig. Funkdruck.)

Zu Berlin ist es am Sonntag nach einer Hitler-Versammlung vor dem Sportplatz zu Zusammenstößen zwischen Nationalen und Kommunisten gekommen. Die Polizei, die in großer Stärke aufgeboten war, griff mit Gummiknüppeln ein und nahm Verhaftungen vor. Es wurden 42 Personen ins Polizeipräsidium eingeliefert und eine Anzahl durch westliche und kommunistische Leichtverletzte in den in der Nähe liegenden Rettungstationen verbunden.

Kommunistisches Generalstreikspiel

P. Paris, 1. Oktober. (Fig. Funk.)

Die Kommunisten geben sich nach wie vor die größte Mühe, die französische Arbeiterchaft in einen Generalstreik zu fügen. Gestern haben sowohl die kommunistischen Bergarbeiter als auch die Metallarbeiter ein kurzfristiges Ultimatum mit einer Forderung nach Lohnerhöhung an die Unternehmer gerichtet. Außerdem ist den kommunistischen Textilarbeitern in Roubaix befohlen worden, sich heute dem Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich anzuschließen.

Der sozialistische Gewerkschaftsbund der CGT, nimmt in einer energischen Entschlossenheit gegen die verantwortliche Schwarzmacherpolitik der Kommunisten Stellung und fordert die Arbeiterchaft auf, die Streikparole nicht zu befolgen, solange die Vermittlung, die der Ministerpräsident Poincaré versprochen habe, noch nicht ihren Zweck erreicht habe.

Im Textilarbeiterstreik in Douplines ist es zu schweren Zwischenfällen gekommen. Ein kommunistischer Arbeiter hat einen sozialistischen Bürgermeister mehrere Male überfallen, ohne ihn zu treffen. Der Bürgermeister legte sich entschlossen zur Wehr und schlug dem Revolverhelden eine leere Flasche über den Kopf. Der Angreifer trug eine blutige Verletzung davon und wurde verhaftet.